



HESSISCHER LANDTAG

01. 02. 2010

*Dem
Rechts- und Integrationsausschuss
überwiesen*

Berichts Antrag der Abg. Habermann, Hofmann, Hofmeyer und Weiß (SPD) und Fraktion betreffend Zukunft der Sozialen Dienste der Justiz

Im Mai 2006 wurde der Abschlussbericht der Kommission "Zukunft der Sozialen Dienste der Justiz in Hessen" vorgelegt. Dieser sehe eine Reihe struktureller Veränderungen vor.

Die Landesregierung wird ersucht, im Rechts- und Integrationsausschuss über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Auf welche Weise und zu welchem Zeitpunkt wurde die im Kommissionsbericht vorgesehene Praxisbefragung aller betroffenen Berufsgruppen und Einrichtungen durchgeführt und diskutiert?
2. Zu welchen Rückmeldungen und Ergebnissen hat die Praxisbefragung geführt?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die wiederholt geäußerte Kritik an dem Kommissionsvorschlag, die Dienst- und Fachaufsicht für die inhaltlich unterschiedlichen Bereiche der Bewährungshilfe und der Gerichtshilfe bei einer neu gebildeten hierarchischen Ebene inhaltlich bei der Leiterin bzw. des Leiters des Sozialen Dienstes anzusiedeln?
4. Aus welchen Gründen wird die Fortführung des sowohl in der Bewährungshilfe als auch in der Gerichtshilfe bestehenden Sprechersystems nicht mehr für ausreichend erachtet?
5. Aus welchen Gründen halten die einzelnen Präsidenten der Landgerichte sowie die Vertreter der Bewährungs- und der Gerichtshilfe die Schaffung einer solchen Vorgesetztenebene für sinnvoll und erforderlich?
6. Wie viele dieser neuen Vorgesetztenpositionen soll es landesweit geben und wie soll diese Funktion im Verhältnis zu den übrigen Bewährungshelfern und Gerichtshelfern besoldet/vergütet werden?
7. In welcher Weise wird sichergestellt, dass sowohl Beamte als auch Angestellte bei der Besetzung der neu zu schaffenden Position des Leiters oder der Leiterin des Sozialen Dienstes im Auswahlverfahren Berücksichtigung finden können?
 - a) Wie viele verbeamtete Bewährungshelfer sind derzeit im Landesdienst beschäftigt?
 - b) Wie viele angestellte Bewährungshelfer sind derzeit im Landesdienst beschäftigt?
 - c) Wie viele verbeamtete Gerichtshelfer sind derzeit im Landesdienst beschäftigt?
 - d) Wie viele angestellte Gerichtshelfer sind derzeit im Landesdienst beschäftigt?
8. In welchem Umfang werden für die Schaffung der Stelle einer Leiterin/eines Leiters des Sozialen Dienstes, die/der über die koordinie-

renden Aufgaben der bisherigen jeweiligen Sprecherfunktionen hinaus weitere administrative Aufgaben wahrnehmen soll, zusätzlich zu den vorhandenen Bewährungshelfer- und Gerichtshelferstellen weitere Stellen im Personalhaushalt des Einzelplans 05 geschaffen?

Wie beurteilt die Landesregierung die in diesem Zusammenhang von der Kommission vorliegenden Ausführungen zum erforderlichen personellen Mehrbedarf?

9. Welcher personelle Mehraufwand wird mit der Schaffung der geplanten landesweiten Koordinierungsstelle beim Oberlandesgericht verbunden sein?
10. Auf welche Weise wird sichergestellt, dass der seit 1999 zu verzeichnende Personalentzug bei den Bewährungshilfen nicht durch die Zentralisierung der Sozialen Dienste fortgesetzt wird?
11. Auf welche Weise wird sichergestellt, dass der seit 2001 zu verzeichnende Personalentzug bei den Gerichtshilfen nicht durch die Zentralisierung der Sozialen Dienste fortgesetzt wird?
12. Welche Auswirkungen wird die Zusammenlegung von Bewährungs- und Gerichtshilfe auf die Anzahl der Bewährungshelfer, die jugendlichen Straftäter betreuen, und deren inhaltliche Arbeit haben?
13. Auf welche Weise wird bei einer Zusammenlegung von Bewährungs- und Gerichtshilfe insbesondere den für die Bewährungshelfer einschlägigen Geheimhaltungsvorschriften (z.B. § 201 StGB)
 - a) in der künftigen Behörden- und Ablauforganisation
 - b) bei der Verwendung und dem Austausch von Probandendaten Rechnung getragen?
14. Wie beurteilt die Landesregierung die Aufgabenwahrnehmung der Bewährungshilfe in Baden-Württemberg?
15. Welche Aufgaben obliegen voraussichtlich der Bewährungshilfe im Rahmen des Übergangsmanagements?
16. Wie und zu welchem Zeitpunkt ist die Beteiligung der Praxis im Rahmen der Reform der ambulanten Dienste vorgesehen?

Wiesbaden, 27. Januar 2010

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

Habermann
Hofmann
Hofmeyer
Weiß